

1
2 **Antragsteller: Finn Luca Frey**
3
4

5 Schleswig-Holstein für sichere Häfen – Zukunft aktiv gestalten!
6
7

8 Adressat: Schleswig-Holsteinischer Landtag, Landesregierung, die Gemeinden des
9 Landes Schleswig-Holstein, Bundesregierung
10

11
12 **Antrag:**

13 „Jugend im Landtag“ möge beschließen:

- 14 1. Das Land Schleswig-Holstein und seine Gemeinden verurteilen die Behinderung
15 der Seenotrettung und fordern dazu auf, Geflüchteten den Zugang zu Häfen zu
16 ermöglichen.
17 2. Das Land Schleswig-Holstein und seine Gemeinden sprechen den zivilen
18 Retterinnen und Rettern ihren Respekt aus und fordern ein Ende ihrer
19 Kriminalisierung und Behinderung.
20 3. Das Land Schleswig-Holstein und seine Gemeinden kritisieren den derzeitigen
21 politischen Diskurs und fordern eine öffentliche und tiefe Auseinandersetzung über
22 die momentane Situation der Kriminalisierung von Seenotretterinnen/-rettern.
23

24 **Begründung:**

25 Am 10. Juni 2018 wurden die italienischen Häfen auf Geheiß der italienischen
26 Regierung für aus Seenot gerettete Geflüchtete faktisch geschlossen, Malta schloss
27 sich an. Seitdem wurden Rettungsschiffe festgesetzt, Rettungsoperationen
28 behindert, Besatzungen kriminalisiert. Inzwischen sind fast alle Seenotrettungs-
29 NGOs aus dem zentralen Mittelmeer verdrängt. Seit Juni ist die Zahl der Menschen,
30 die auf der zentralen Mittelmeerroute zwischen Libyen und Italien ertranken, stark
31 angestiegen.

32 Die Pflicht zur Seenotrettung ist in mehreren völkerrechtlichen Verträgen des
33 Internationalen Seerechts niedergelegt. Sie ist ein Gebot der Humanität.

34 In Deutschland erklärt sich eine wachsende Zahl von Städten und Kommunen bereit,
35 zur Entschärfung der humanitären Katastrophe gerettete Geflüchtete aufzunehmen,
36 zuletzt Osnabrück, Bremen und Rostock.

37 Das Land Schleswig-Holstein und seine Gemeinden werden aufgefordert, sich zur
38 Aufnahme von im Mittelmeer geretteten Geflüchteten bereitzuerklären und
39 gemeinsam mit den anderen Städten und Gemeinden die Bundesregierung
40 aufzufordern, die Aufnahme bundesweit zu ermöglichen.